



Tagtäglich leisten die Polizistinnen und Polizisten in unserem Land exzellente Arbeit, um für unsere Sicherheit zu sorgen. Wir müssen ihnen die richtigen Rahmenbedingungen geben und sie an den richtigen Stellen einsetzen.

Um den Herausforderungen unserer Zeit gerecht werden zu können, muss auch bei der Polizei in Personal investiert werden. Derzeit fehlen tausende PolizistInnen auf der Straße, weil Planstellen mit PolizeischülerInnen (oder gar nicht) besetzt sind, Krankenstände sich häufen oder ausgebildete PolizistInnen Protokolle schreiben müssen. Viele stehen an der Grenze ihrer Belastbarkeit. Kurzum: Es bedarf eines Gesamtkonzepts, das die Häufigkeit von Kriminalität und Bevölkerungsdichte ebenso berücksichtigt wie regionale Besonderheiten – von der Saison im Tourismusort bis zu den Herausforderungen langer Wege im ländlichen Raum. Das bedeutet: modernes Sicherheitsmanagement anhand der tatsächlichen Anforderungen.

Nach dem Rechten sehen

Unser Ziel ist daher, dass 2.500 PolizistInnen mehr auf unseren Straßen nach dem Rechten sehen – und dabei über eine zeitgemäße Ausrüstung verfügen. Denn die Sicherheit der Menschen hat für uns absolute Priorität.

ausbildung 10 Jahre lang im Ballungsraum vor Ort zu bleiben, würde mehr routinierte Einsatzkräfte garantieren. Zugleich soll es mehr regionale Unterstützungseinheiten geben, die in gefährlichen Situationen in großen Städten/Ballungszentren bereitstehen und die Kräfte vor Ort stärken.

Um den Herausforderungen der Zeit gerecht zu werden, müssen wir investieren: Wir fordern 2.500 PolizistInnen mehr auf unseren Straßen!

Vor allem große Städte leiden darunter, dass neu aufgenommene PolizistInnen oft nach kurzer Zeit weiterversetzt werden. Das hat zur Folge, dass im Ernst- und Einsatzfall in vielen Fällen nicht die erfahrensten und bestgeschulten Kräfte zur Verfügung stehen. Eine Verpflichtung, nach der Grund-

Einsatzfähige Exekutive

Unsere PolizistInnen sollen echte Polizeiarbeit leisten können und nicht als Lückenbüßer in der Verwaltung tätig sein. So sollen zeitintensive Erstbefragungen im Asylverfahren nicht von ih-



FREUND UND HELPER STÄRKEN

DAHER

Wir müssen jenen Menschen, die unsere Sicherheit gewährleisten, auch ihre Sicherheit garantieren. Das beginnt bereits in der Ausbildung, hat in puncto Personal zu geschehen, durch entsprechende zeitgemäße Ausrüstung und strukturelle Verbesserung, um für den Kampf gegen moderne Formen der Kriminalität gerüstet zu sein.



Bei Gruppen mit erhöhter Gewaltbereitschaft müssen wir eine klare Sprache sprechen – und das von Anfang an. Fast 1.000 PolizistInnen werden pro Jahr durch Fremdeinwirkung verletzt.

nen durchgeführt werden, sondern von den ExpertInnen im zuständigen Bundesamt. Das ermöglicht schnellere Verfahren und bringt mehr PolizistInnen auf unsere Straßen.

Abgesehen davon muss Schluss sein mit der immer weiter fortschreitenden Privatisierung von Sicherheitsagenden. Die Polizei ist DIE staatliche Sicherheitsdienstleisterin. Und das muss sich sowohl bei personeller als auch technischer Ausstattung bemerkbar machen. Die Infrastruktur sicherheitsrelevanter Einrichtungen – wie z.B. Polizeidienststellen oder Krankenhäuser – muss autonom und krisensicher gestaltet werden und darf nicht von privat geführten Unternehmen abhängig sein. So werden hochwertige »sichere« Arbeitsplätze mit hoher Identifikation geschaffen.

Kriminalpolizei mit Unterstützung: 24 Stunden und 7 Tage

Die tägliche kriminalpolizeiliche Ermittlungstätigkeit und die zur Verfügung stehende Ausrüstung hält mit der technischen Entwicklung (z.B. neue Medien, Smartphones, Facebook, Überwachungsvideos, Stalker per Mobiltelefon etc.) oft nicht Schritt. Aber: Wie schnell die ForensikerInnen der Tatortbearbeitung oder IT-ExpertInnen für die Polizei am Werk sind, darf nicht von Zufällen abhängen. Für den Bereich der »24/7 kriminalpolizeilichen Grundversorgung« sind Standards zu erarbeiten, die eine flächendeckende, quali-

tativ hochwertige durchgehende Arbeit sicherstellen. Das umfasst etwa die Tatortarbeit durch gut ausgebildete ExpertInnen, nach einheitlichen Kriterien (von den Dienstzeiten bis zur technischen Ausrüstung) oder die Unterstützung durch weitere FachexpertInnen, insbesondere aus dem IT-Bereich.

Aus der Praxis lernen, Ausbildung verbessern

In Polizeischulen kommen oft Lehrkräfte zum Einsatz, die schon längere Zeit vom »Dienst auf der Straße« weg sind. Gerade auszubildende PolizistInnen sind auf die Erfahrung von KollegInnen angewiesen,

Bei Vereinigungen, die das Ziel haben, die demokratische Grundordnung des Staates zu untergraben, darf mit Konsequenzen nicht gewartet werden, bis eine tatsächliche Bedrohung entsteht – egal ob es sich um »Reichsbürger« oder Salafisten handelt.

ERLEDIGT!

Wir unterstützen unsere PolizistInnen, LehrerInnen, ZollbeamtenInnen, das Sicherheitspersonal in unseren Zügen – alle, die für das Funktionieren unseres Staates und unserer Gesellschaft auftreten – wo es nur geht. Das muss uns unsere Sicherheit wert sein. Auch bei Vereinigungen, die das Ziel haben, die demokratische Grundordnung des Staates zu untergraben, darf mit Konsequenzen nicht gewartet werden, bis eine tatsächliche Bedrohung entsteht – egal ob es sich um »Reichsbürger« oder Salafisten handelt.

Neueste Technik – Öffentlichkeit mit Sicherheit

Die Aufgaben für die Polizei werden komplexer. Daher ist es unsere Pflicht, unseren PolizistInnen die beste Ausrüstung und modernsten Mittel zur Verfügung zu stellen. In der Öffentlichkeit muss man sich sicher fühlen können. Hier kann uns die Technik unterstützen – angefangen bei ausreichender Beleuchtung bis hin zu den modernsten technischen Möglichkeiten der Videoüberwachung.

Schon heute werden Kameras und entsprechende Beleuchtung erfolgreich eingesetzt, um durch Aufklärung an Hot Spots präventiv zu wirken. Zugbegleiter und Zugbegleiterinnen nutzen Body-Cams, um Gefahrensituationen zu entschärfen. Kameras in der Verkehrsüberwachung sind heute in der Lage, Kennzeichen zu erkennen. Diese Technik kann auch in der Aufklärung und Prävention von Verbrechen einen wichtigen Beitrag leisten. Nutzen wir doch diese Möglichkeiten.

Kriminalitätsbekämpfung: Vorsicht ist besser als Nachsicht

Moderne Sicherheitspolitik bedeutet Maßnahmen im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung, der Kriminalprävention und des Strafvollzugs, die nicht auf die

die aus der Praxis kommen und Verständnis für aktuelle Herausforderungen mitbringen. Diesen Anteil an PraktikerInnen müssen wir in der Polizeigrundausbildung erhöhen. Schließlich kann es auch nur mit dieser Unterstützung gelingen, die notwendige Personaloffensive in den nächsten Jahren umzusetzen.

Die Bedingungen, unter denen VertreterInnen unseres Staates – von PolizistInnen bis LehrerInnen – tagtäglich arbeiten müssen, haben sich in den letzten Jahren massiv erschwert. Sie sind allzu oft mit verbaler oder physischer Gewalt konfrontiert, Ausbildung und Ausrüstung sind verbesserungswürdig. Und: Wir müssen Respekt und Anerkennung für ihre Arbeit viel deutlicher zeigen.

Der Ton im Alltag ist oftmals rau. Das kann man nicht nur im Straßenverkehr beobachten, wo Hupen und wilde Gesten zum Standardrepertoire gehören. Auch VertreterInnen des Staates sind in Ausübung ihres Berufes immer öfter mit Aggressionen konfrontiert. Geahndet werden solche De-

likte derzeit selten oder nur mit großer Zeitverzögerung, wenn vor der Verfolgung erst die Behörde ihr Einverständnis zum Verfahren geben muss. Gerade bei Gruppen mit erhöhter Gewaltbereitschaft müssen wir eine klare Sprache sprechen – und das von Anfang an.

Frühzeitig eingreifen statt später Erkenntnis

Die Folgen einer mangelnden Eindämmung der Gewaltspirale: Selbst LehrerInnen müssen in der Schule mit immer schwierigeren Situationen zurechtkommen. Fast 1.000 PolizistInnen werden pro Jahr durch Fremdeinwirkung verletzt.

Anstatt erst bei schweren Verletzungen durchzugreifen, müssen bereits bei Beleidigungen klare Sanktionen greifen – ob Geldstrafe, Verwarnung oder die Verpflichtung zu gemeinnütziger Arbeit. Bei tätlichen Übergriffen muss härter durchgegriffen werden. Nur so kann den Betroffenen die nötige Sicherheit in der Erfüllung ihrer Aufgaben gegeben werden.



1,3 Mrd. Euro

Investitionen für
die Sicherheit



Zu oft haben wir es in den letzten Monaten und Jahren gelesen: Der Täter war den Behörden bekannt. Es mangelt nicht an Daten, ganz im Gegenteil.

Aufklärung von Straftaten beschränkt sind, sondern vorausdenken. Dazu muss die Expertise von Kriminalpolizei, SozialarbeiterInnen, PsychologInnen und weiteren ExpertInnen für eine Früherkennung in den sozialen Brennpunktbereichen miteinander verknüpft werden. Personalstände bei Polizei und Justiz sind den neuen Anforderungen anzupassen, um den Schutz der Bediensteten zu gewährleisten und ihre Leistungen anzuerkennen.

Optimale Kriminalitätsbekämpfung: Daten verknüpfen!

Zu oft haben wir es in den letzten Monaten und Jahren gelesen: Der Täter war den Behörden bekannt. Denn es mangelt nicht an Daten, ganz im Gegenteil. Immer mehr Quellen ermöglichen eine beträchtliche Datensammlung, doch am Ende sehen die Behörden vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr.

Im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung werden die verfügbaren Daten und Informationen (Stichwort Big Data) nicht entsprechend aufgearbeitet. Das betrifft die kriminalpolizeiliche Organisation mit personellen und sachlichen Ressourcen sowie eine entsprechende Aus- und Fortbildung. Die Analyse und kriminalpolizeiliche Bewertung aller verfügbaren Datenbanken, von der Kriminalstatistik bis zu den Daten der Erkennungsdienste, muss mit Blick auf die entscheidenden Schnittstellen modernisiert werden.



Organisierte Kriminalität und Schlepperei bekämpfen

Derzeit ist nur in Wien eine auf organisierte Kriminalität spezialisierte Gruppe der Staatsanwaltschaft tätig, während in den anderen Bundesländern immer wieder unterschiedliche StaatsanwältInnen eingesetzt werden. Das birgt das Risiko von Verzögerungen in einem Bereich, in dem Justiz und Sicherheitsbehörden besonders schlagkräftig sein müssten. Zur effizienteren Kriminalitätsbekämpfung sollen österreichweit agierende spezialisierte Gruppen der Staatsanwaltschaft für Schlepperei und organisierte Kriminalität als regionsübergreifende Einheiten geschaffen werden.

Kein Raum für Korruption

Eurofighter, Blaulichtfunk – nur allzu frisch ist die Erinnerung an die Skandale rund um die großen Beschaffungsvorgänge Anfang der 2000-er. Wir ziehen die Konsequenzen. Gegengeschäfte gehören im Verteidigungsministerium der Vergangenheit an. Zugleich kann es nicht sein, dass ein Ministerium sich selbst kontrollieren soll. Deshalb: Ein unabhängiges Bundesamt für Korruptionsbekämpfung, dicht an die zuständige Korruptionsstaatsanwaltschaft angebunden, bedeutet effiziente Kontrolle – im Interesse aller BürgerInnen.

Rechtsschutz stärken – für uns alle

Neue Ermittlungsmethoden, die notwendig sind, um mit der Entwicklung der organisierten Kriminalität Schritt zu halten, bergen immer auch die Gefahr des Missbrauchs. Deshalb braucht es einen einheitlichen und unabhängigen Rechts-

INVESTITIONEN IN UNSERE SICHERHEIT

Infrastruktur und Ausstattung

Neben dem Personal stellt die technische Ausstattung des Bundesheers mit zeitgemäßem Equipment, Fahrzeugen, Luftfahrzeugen und persönlichen Ausrüstungsgegenständen sowie moderner Infrastruktur ein zentrales Erfordernis für die Aufgabenerfüllung dar. Für diese Investitionen sind für die nächsten Jahre 1,3 Milliarden Euro vorgesehen. Gemeinsam mit dem Sonderinvestitionspaket können damit dringend erforderliche Maßnahmen getroffen werden wie:

- Beschaffung adäquater Ausrüstung für die Soldatinnen und Soldaten
- Beschaffung moderner Fahrzeuge zur Verbesserung der Mobilität
- Investitionen in die militärischen Nachrichtendienste, in Aufklärung und Cyber-Defence
- Stärkung der Miliz
- Investitionen in eine militärisch effektive und wirtschaftlich effiziente Luftraumüberwachung
- Schaffung einer adäquaten Infrastruktur
- Fortführung der strukturellen Anpassungen in Bundesheer & Ministerium

schutz, der nicht am Gängelband des jeweiligen Ministeriums hängt. Weisungsfreie ExpertInnen müssen vor dem Einsatz von Überwachungsmethoden ihre Zustimmung erteilen – und das Parlament muss nach dem Einsatz alle Möglichkeiten der Kontrolle haben.

Fortführung der erfolgreichen Neupositionierung des Bundesheers

Um den neuen Herausforderungen auch in personeller Hinsicht gewachsen zu

sein, muss das Bundesheer den bereits eingeschlagenen Weg beim Personalaufwuchs fortsetzen. Dazu treffen wir Maßnahmen im Sinne junger Menschen, die den Grundwehrdienst attraktiver machen und den Prozess der Stellung verbessern. Die Infrastruktur wird modernisiert und Frauen werden gezielt angesprochen, um das Bundesheer als Arbeitgeber attraktiv zu positionieren. Damit die künftigen militärischen und sicherheitspolitischen Anforderungen erfolgreich bewältigt werden können, ist die Aufnahme von zusätzlich 2.000 Soldatinnen und Soldaten in der nächsten Legislaturperiode erforderlich.

Die Erfahrung dieser Personaloffensive brauchen wir auch bei der Polizei, um die notwendigen und zusätzlichen Aufnahmen der nächsten Jahre entsprechend umsetzen zu können.

Keine Angst vor dem »Black out«

Cyberattacken auf Unternehmen und staatliche Einrichtungen nehmen weltweit zu und stellen eine reale Bedrohung der souveränen Handlungsfähigkeit und Versorgungssicherheit unseres Landes dar. Österreich hat in den vergangenen Jahren auf ziviler wie militärischer Ebene viele Fähigkeiten in der Erkennung und Bekämpfung von Cyberangriffen bzw. im Umgang mit solchen Attacken entwickelt. Um auf diese besondere Form der Bedrohung optimal reagieren zu können, braucht es klare Strukturen und Zuständigkeiten.

Machen wir unser Land noch sicherer und schaffen wir so die Basis für ein friedliches Miteinander.